

Beschluss des Landrats vom 11.05.2023

Nr. 2176

30. Einführung von Förderklassen auf Primar- und Sekundarschulstufe I für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler

2023/62; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Anita Biedert (SVP) führt aus, seit der Einführung des integrativen Modells sei man diesbezüglich an Erfahrung und Erkenntnis reicher geworden. Schweizweite Leistungserhebungen zeigen schlechte Ergebnisse bei den Grundkompetenzen, vorwiegend in Mathematik und Deutsch, dies aufgrund der Mentalität und der Haltung, dass alle alles irgendwie bekommen sollten. Das Problem von mit störenden Schülerinnen und Schülern besetzten Klassen wurde gemäss der Begründung des Regierungsrats erkannt. Allerdings kann Anita Biedert der Begründung des Regierungsrats nicht entnehmen, weshalb ihre Motion lediglich als Postulat entgegengenommen werden soll. Handlungsbedarf wurde erkannt und eine Handlung wird vonseiten Regierung auch in Aussicht gestellt. Das sollte ein deutliches Signal zugunsten einer besseren Schulbildung unserer Jugend sein. Unbestritten sind verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler ein immer grösser werdendes Problem. Sie überbeanspruchen das Leistungsvermögen einer Schule und strapazieren alle Involvierten. 82,4 % der Primar- und 72,3 % der Sekundarschule I-Lehrkräfte halten verhaltensauffällige Kinder für einen grossen Belastungsfaktor, weil diese die ganze Aufmerksamkeit auf sich bündeln. Zu viele Absprachen sind nötig, um den Förderbedarf mit den Kolleginnen und Kollegen abzusprechen.

Die meisten Kantone wollen kein Förderangebot und ziehen die Einführung von Kleinklassen wieder in Betracht. Zwischenzeitlich ist wissenschaftlich gestützt, dass integrative Schule ein Problem ist. Eine Studie aus dem Jahr 2021 erhielt den Preis der Schweizer Bildungsforschung und besagte, dass ein steigender Anteil von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf in einer Klasse negative Auswirkungen auf die schulische Leistung der ganzen Klasse hat. Die Integration ganz verschiedener Kinder in dieselbe Lerngemeinschaft verstärkt die Unruhe im Klassenraum und erschwert den Unterricht. Der pädagogische Alltag ist belastet und übersteigt die Kapazität vieler Lehrpersonen. Der Aargauer Lehrerverband bildete eine interne Kommission, die Handlungsoptionen betreffend die integrative Beschulung erarbeitete. Es wirkt unter anderem auch stigmatisierend, wenn immer eine Heilpädagogin oder ein Heilpädagoge zu einem Kind ins Klassenzimmer kommt. Die Zeit, in der den Kindern das Scheitern im Nacken sitzt, müsste verkürzt werden. Klassenkameradinnen und Klassenkameraden werden vernachlässigt, weil zu viel Zeitaufwand den Störenden gewidmet wird. Diese Zeit fehlt, um sie den Nichtstörenden widmen zu können respektive ihnen den verdienten Schulstoff und das Wissen zukommen zu lassen. Die Zeiteinheiten summieren sich immens. Oft wird am Ende des Schuljahrs festgestellt, dass der Schulstoff bei fliessendem Unterricht viel umfangreicher hätte sein können.

Dass eine Mehrheit durch eine Minderheit blockiert wird und immer zur Rücksichtnahme ermahnt wird, überbeansprucht die gewünschte soziale Verhaltensweise dieser Schülerinnen und Schüler. Die Lehrpersonen benötigen unverhältnismässig viel Zeit und Energie für nur wenige Schülerinnen und Schüler. Mehrheitlich bleiben Erfolge aus und schlussendlich sind mehr Beteiligte frustriert als erfreut. Neben den Lehrpersonen und den Klassenkameradinnen und -kameraden sind häufig auch Sozialarbeitende, Heilpädagogen, Psychologinnen, evtl. gar die KESB involviert. Gespräche, die die Situation kaum bewegen und teilweise über Jahre andauern, sind sehr zeitraubend. Die Rücksichtnahme hinterlässt in diesen Fällen speziell bei sensibleren Kindern gar eine Art Trauer –

so eine Erkenntnis der Psychologie. Für diese Kinder ist der Schulunterricht oft emotional belastend. Für die Betroffenen selbst ist die Lage ebenso unangenehm. Es sind immer sie, die speziell betreut und kontrolliert werden müssen. Das führt oftmals dazu, dass sie im ganzen Schulumfeld auffallen, was zu noch mehr Aggressivität führen kann. Dadurch, dass Schwächen über auffälliges Verhalten überdeckt werden sollen und dieses ab und an auch sehr grob sein kann, nimmt das Ganze eine ungewollte Dynamik an. Die Kinder sind oftmals sehr sensibel. Ihr Sonderstatus in der Klasse ist mehr eine Belastung als eine gewünschte Integration. Sie brauchen im separaten Rahmen Ruhe, um in sich gehen zu können, ein Umfeld, das ihnen angepasst ist und sie nicht ständig glauben lässt, sich beweisen zu müssen. Erst wenn sie zum Bewusstsein geführt werden können, dass sie sich in der Gemeinschaft ohne Gewalt und ohne Verweigerungshaltung einbringen können, ist der Weg zurück in die Regelklasse gegeben.

Man muss von der Illusion wegkommen, alles für alle in gleichem Ausmass zu wollen. Alle Seiten müssen aktuell Abstriche machen. Studien belegen, dass Kinder, die zwangsintegriert werden, mehr an ihren Fähigkeiten zweifeln und sich stärker bewusst werden, dass sie der Norm nicht entsprechen. Unauffällige kommen aber auch emotional zu kurz. Auch sie benötigen persönliche Zuwendung. Es ist nicht fair, wenn sie als «unproblematisch» abgestempelt werden. Ihnen kommt oftmals die gewünschte und notwendige Unterstützung in gerechtem Ausmass auch nicht zu. Weil sich das Projekt «Umgang mit schweren Verhaltensauffälligkeiten» seitens Regierung aufgedrängt hat und man nun Lösungen sucht, ist doch die Motion das richtige Mittel, wird damit doch verlangt, dass gehandelt wird. Politisch ist viel machbar. Der Sinn dafür müsste geschärft werden. Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist zu berücksichtigen: Fast 50 % der Lehrpersonen wechseln nach fünf Jahren den Beruf, weil sie ausgebrannt oder überfordert sind. Förderklassen sind ein Gebot der Vernunft und haben nicht mit einem Rückschritt zu tun. Zusammenfassend: 2/3 sind für die Einführung von Kleinklassen oder Förderklassen, Behindertenorganisationen beklagen gar eine mangelnde Integration, weil diese Kinder auch zu kurz kommen, wenn viele verhaltensauffällige Kinder den Schulunterricht stören. Schülerinnen und Schüler werden täglich separiert, wenn die Heilpädagogin oder der Heilpädagoge sie aus dem Zimmer nimmt oder im Zimmer speziell beschult. Die Heterogenität hat zugenommen und bringt die Lehrpersonen an die Grenzen des Machbaren. Die Betreuungssituation ist massiv gestiegen. Das Einhalten der Vorgaben der UNO-Behindertenrechtskonvention und des Behindertengleichstellungsgesetzes stehen immer noch im Zentrum und würden durch sinnvolle separative Lösungen zum Wohl der ganzen Schule in keinsten Weise in Frage gestellt.

Miriam Locher (SP) macht es etwas kürzer und drückt ihre Freude darüber aus, dass das Problem erkannt worden sei. Die SP-Fraktion hat gerade heute auch Vorstösse zu dieser Thematik eingereicht. Nichtsdestotrotz verfehlt die Motion das Ziel. Die Begründung des Regierungsrats zeigt, dass in diesem Fall ein Postulat der richtige Weg ist. Die SP-Fraktion würde ein Postulat unterstützen. Es braucht eine Gesamtschau und das Einrichten von Förderklassen ist nicht die Lösung aller Probleme. Anita Biedert hat die Stigmatisierung angesprochen: Natürlich ist es stigmatisierend für die Schülerinnen und Schüler, wenn sie immer eine Sozialpädagogin oder einen Sozialpädagogen an der Seite haben. Aber auch Kleinklassen haben einen gewissen Effekt von Stigmatisierung. Dennoch ist es sehr wichtig, dass Kleinklassen im Kanton Basel-Landschaft und in vielen Gemeinden die Einführungsklassen noch vorhanden sind. Es ist wichtig, dass Prozesse gesamthaft angeschaut werden. Das kann durchaus beinhalten, dass Förderklassen in Betracht gezogen werden und geschaut wird, wie diese ins ganze System passen würden. Die Regierung schreibt im zweitletzten Abschnitt ihrer Stellungnahme, dass das Projekt «Umgang mit schweren Verhaltensauffälligkeiten» gestartet wurde. In diesem Rahmen kann durchaus auch geprüft werden, was alles möglich sein kann. Einigkeit besteht sicherlich darüber, dass – wenn es Kinder gibt, die solche Probleme haben – dies eine schwierige Situation für das betroffene Kind, für die Eltern,

für die Klasse und für die Lehrpersonen ist. Die SP-Fraktion glaubt aber nicht, dass Lehrpersonen nur deshalb aus dem Lehrberuf ausscheiden. Hierfür gibt es noch ganz viele andere Gründe, die eine grosse Rolle spielen.

Die SP-Fraktion würde die Überweisung eines Postulats unterstützen, damit das, was Anita Biedert vorschlägt, als Teil einer Gesamtschau betrachtet und geschaut wird, was für den Kanton Basel-Landschaft wirklich die beste Lösung ist.

Patricia Bräutigam (Die Mitte) sagt, die Mitte/glp-Fraktion erkenne die Herausforderungen der integrativen Schule, weshalb eine grosse Mehrheit die Überweisung eines Postulats unterstützen würde. Es ist sinnvoll, die Forderungen im Rahmen des vom Regierungsrat genannten Projekts zu überprüfen, wie dies auch Miriam Locher ausgeführt hat. Einzelne Fraktionsmitglieder würden auch die Überweisung eines Postulats ablehnen. Eine Motion würde definitiv nicht unterstützt.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) erinnert daran, dass es bereits zwei Arten von Förderklassen gebe: Einführungsklassen und Kleinklassen. Gerade das Thema Einführungsklasse kann für gewisse Kinder durchaus stigmatisierend sein. Ein Grund, weshalb sie in Reinach nicht mehr geführt werden, ist, dass die Eltern dagegen sind aus Angst davor, dass sich die Kinder stigmatisiert fühlen. Auch wenn der Vorstoss von Anita Biedert verlockend erscheint, sind gewisse Zweifel angebracht, zumindest betreffend Motion. Neben den bereits existierenden Kleinklassen gibt es verschiedene Möglichkeiten: Es gibt Lerninseln (Time-in). Auch sei daran erinnert, dass die spezielle Förderung vor nicht allzu langer Zeit doch sehr ausgiebig ressourciert wurde. Auch nicht vernachlässigt werden darf das Thema Frühe Förderung. Bei verhaltensauffälligen Kindern muss ganz früh mittels Förderung eingegriffen werden. Es ist also fraglich, ob es weitere separative Massnahmen braucht. Auch andere Themen müssten angesprochen werden, beispielsweise die Rekrutierung. Bereits jetzt herrscht grosser Lehrpersonenmangel, vor allem im heilpädagogischen Bereich. Oder das Thema Finanzierung der Förderklassen: Sollen die Gemeinden nun auch noch zusätzlich Förderklassen finanzieren? Ausserdem platzen die Primarschulen im Unterbaselbiet sowieso schon aus allen Nähten und es müsste noch zusätzlicher Schulraum zur Verfügung gestellt und die Lehrpersonen von den Gemeinden bezahlt werden. Man darf darauf gespannt sein, was die Regierung mit dem Postulat machen wird, sollte es denn überwiesen werden. Es ist sehr zu hoffen, dass auf die Bedürfnisse der Gemeinden Rücksicht genommen wird.

Jan Kirchmayr (SP) glaubt, die Motion sei unter dem Eindruck der Diskussion um die Förderklassen in Basel-Stadt entstanden. Die Situation im Baselbiet ist aber eine andere als im Stadtkanton. Hier gibt es Kleinklassen, Einführungsklassen und es herrscht auch nicht die Haltung vor, dass auf Biegen und Brechen Integration geleistet werden soll, sondern dass es teilweise wirklich auch Separation braucht. Diese Separationen finden auch statt und darüber ist Jan Kirchmayr auch sehr froh. Im Baselbiet gibt es ein gutes Angebot mit dem Time-out, gerade auch wenn es um schwere Verhaltensauffälligkeiten geht. Der Redner erlebt als Lehrer Schülerinnen und Schüler, die im Time-out waren, als gut betreut. Sie kommen zurück in den Schulalltag und die meisten funktionieren dann auch wieder. Trotzdem sieht auch die SP-Fraktion Verbesserungsbedarf und hat heute entsprechend vier Vorstösse eingereicht.

Ursprünglich hat Jan Kirchmayr die Motion mitunterzeichnet, plädiert aber heute für eine Überweisung als Postulat, weil die Regierung das Problem anscheinend erkannt hat und sich ein Projekt in Arbeit befindet. Es ist aber wichtig, dass die Regierung jetzt bereits hört, dass es ein Problem gibt: Gemeinden schaffen aus verschiedenen Gründen Klein- und Einführungsklassen vermehrt ab. Anscheinend weil Eltern nicht mehr wollen, dass ihre Kinder in die EK gehen. Von Primarlehrpersonen und Eltern hört Jan Kirchmayr aber auch immer wieder, dass Kinder, die in der EK waren und danach in eine Regelklasse integriert wurden, meistens einen sehr guten Weg gehen. Dass Gemeinden die EK und Kleinklassen vermehrt abschaffen und sich auf integrative Aspekte kon-

zentrieren, ist fragwürdig, da dies meist einerseits aus finanziellen Gründen geschieht und andererseits zur Folge hat, dass die bereits sehr hohe Heterogenität in einer Primarschulklasse noch erhöht wird. Das ist im Interesse von niemandem und fördert auch, dass gewisse Lehrpersonen anwoanders arbeiten gehen, weil sie dies so nicht mehr machen wollen. Aus diesen Gründen wird der Landrat gebeten, den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Anita Biedert wird entsprechend um Umwandlung gebeten.

Anna-Tina Groelly (Grüne) erklärt, die Grüne/EVP-Fraktion unterstütze die Motion mehrheitlich nicht. Die im Vorstoss beschriebene Problematik ist der Fraktion bewusst und es ist sehr wichtig, dass eine Diskussion stattfindet und Unterstützung für alle beteiligten Personen vorhanden ist. Das ist im Rahmen eines Postulats besser möglich. Bereits jetzt gibt es verschiedene Gefässe, die Klassen und Lehrpersonen entlasten und mit denen verhaltensauffällige Kinder auch für eine bestimmte Zeit aus der Klasse genommen werden. Es fliesst auch bereits sehr viel Geld und Zeit in die verhaltensauffälligen, störenden Kinder. Der Grüne/EVP-Fraktion ist wichtig, dass auch vermehrt die angepassten Kinder gefördert und unterstützt werden. Im Titel des Vorstosses steht «Förderklassen». Es geht dann aber nur um die Förderung der störenden Kinder. Hochbegabte Kinder, die bei einer andauernden Unterforderung auch störendes Verhalten zeigen können, werden hier zu wenig berücksichtigt. Anna-Tina Groelly zweifelt daran, dass das Ziel, Klassen homogener zu machen, indem Kinder rausgenommen werden, erreicht wird. Die Klassen sind nicht homogen, sei dies aufgrund des Altersunterschieds oder wegen der unterschiedlichen Leistungsstufen.

Es wird auf die Einführungsklassen Bezug genommen; dies ist aber etwas ganz anderes: In einer Einführungsklasse erhalten Kinder, die in ihrer Entwicklung etwas mehr Zeit benötigen, diese Zeit, um zu lernen. Es ist ganz klar geregelt, dass sie nach zwei Jahren in die Regelklasse zurückkehren. So wie die Förderklasse verstanden wird, handelt es sich um unterjährige Ein- oder Austritte, ohne zu wissen, wie lange man in dieser Klasse bleibt.

Ein Postulat würde die Mehrheit der Fraktion unterstützen.

Heinz Lurf (FDP) sagt, gemäss der Motionärin stehe die Integrative Schule schweizweit in der Kritik. Aus diesem Grund fordert sie die Einführung von Förderklassen in der Primarschule und der Sekundarschule I für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler. Die Integrative Schule in der heutigen Form darf durchaus kritisch hinterfragt werden. Alle Anwesenden haben wohl schon von Vorfällen im Zusammenhang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern in den Regelklassen gehört oder gelesen. Es gibt bereits bestehende Massnahmen, die angefordert oder eingeleitet werden können. So beispielsweise die integrative spezielle Förderung, Einführungsklassen, Kleinklassen, SOS-Lektionen oder Time-out und etliches mehr. Für die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion stellt die Zunahme des sonderpädagogischen Förderungsbedarfs im Bereich Verhalten eine grosse Herausforderung dar. Aus diesem Grund hat die BKSD bereits das Projekt zum Thema «Umgang mit schweren Verhaltensauffälligkeiten» lanciert. Mit diesem Projekt sollen die Handlungsmöglichkeiten des Kantons nochmals angeschaut und falls nötig erweitert werden. Das würde auch dazu führen, dass möglicherweise rechtliche Anpassungen der Rahmenbedingungen vorgenommen werden müssen. Aufgrund des bereits laufenden Prozesses möchte der Regierungsrat den Vorstoss als Postulat entgegennehmen. Warten doch auch wir die Ergebnisse dieser Erklärungen ab und schauen die entsprechende Auslegeordnung an! Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb die Überweisung des Vorstosses als Postulat.

Anita Biedert (SVP) freute sich sehr über das erfrischende und anerkennende Votum von Miriam Locher. Die anderen Voten, gerade auch diejenigen mit Bezug auf die finanzielle Situation, möchte Anita Biedert nicht kommentieren, um nicht Gefahr zu laufen, die restliche Sitzungszeit für sich zu beanspruchen. Sie hat den Voten aber entnommen, dass alle Fraktionen ein Postulat unterstützen

würde. Gescheiter werden kann man immer und stur ist die Rednerin auch nicht, weshalb sie ihre Motion in ein Postulat umwandelt.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) dankt für die Diskussion. Teilweise wurden einige Dinge vermischt. Jan Kirchmayr hat es gut auf den Punkt gebracht: Es gibt die integrative spezielle Förderung und die separative spezielle Förderung. Die Schulen legen im Schulprogramm fest, was sie anbieten, so auch – und selbstverständlich erfolgt dies in Absprache mit ihren Gemeinderäten –, ob sie Klein- oder Einführungsklassen führen. Das hat aber nicht unbedingt mit den verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern zu tun. Nicht jede Schülerin, die verhaltensauffällig ist, ist auch eine schwache Schülerin. Es gibt ganz starke Schülerinnen und Schüler. Diese kann man auch nicht einfach mit Schülerinnen und Schülern zusammenstecken, die einen speziellen Förderbedarf haben. Deshalb muss genau hingeschaut werden, was es wirklich braucht. Aus diesem Grund wurde das erwähnte Projekt aufgegleist. Die Bildungsdirektorin ist in engem Kontakt mit Schulleitungen und mit Lehrpersonenvertretungen und hört, dass das Thema verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler zunehmend ein Problem werde. Es gibt das Time-out, Time-in an gewissen Schulen und auch Lerninseln. Es ist aber wahrscheinlich nicht so, dass dies an jeder Schule umgesetzt werden kann. Es muss wirklich geprüft werden, wie sich dies gescheit organisieren lässt, denn – Béatrix von Sury hat es erwähnt – gerade im Primarschulbereich löst dies enorme Kosten aus. Es gibt übrigens auch nationale Studien zu den Lerninseln. Diese bilden einen interessanten Ansatz und es wird nun evaluiert, ob es sich dabei wirklich um das Ei des Kolumbus handelt.

Es wurde ein Projekt aufgegleist, das sich des Themas der schwer verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern annimmt. Es wird auch geprüft, welche Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, ob beispielsweise auch der Katalog der Disziplinarmassnahmen erweitert und verschärft werden könnte. Es muss aber auch die Abgrenzung zu sonderpädagogischen Massnahmen geschärft werden. Dann wird geprüft, ob dies rechtliche Anpassungen erfordert oder nicht. Auch wird festgestellt, dass Lehrpersonen und Schulleitungen besser beim Umgang mit dem Thema unterstützt werden sollen. Kürzlich wurde der Regierungsrätin ein Fall geschildert, dass ein Kind nach mehreren Monaten nicht in die Regelklasse integriert werden konnte. In solchen Fällen muss die Schulleitung handeln und beim Amt für Volksschulen hartnäckig intervenieren. Schlussendlich hilft diese Situation weder dem betroffenen Kind noch der ganzen Klasse und torpediert die ganzen Bemühungen, den Kindern eine gute Beschulung zukommen zu lassen. Die Schulen müssen besser im Hinblick auf ihre Handlungsmöglichkeiten unterstützt werden. Es gibt ein Programm zur Überprüfung der Aufgaben. Im nächsten Jahr wird die Sonderbeschulung ein Thema sein. Das hat nichts mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern zu tun. Teil des Projekts ist aber ein Vergleich mit anderen Kantonen. Ebenso muss der Bedarf erhoben werden, denn gerade bei separativer Sonderbeschulung steigt der Bedarf stetig, ohne dass jemand erklären kann, weshalb dies so ist. Zudem besteht in diesem Bereich ein riesiger Fachkräftemangel: Heilpädagoginnen und Heilpädagogen fehlen. Einfach mehr Plätze verlangen geht nicht, die gibt es aktuell nicht. Hierfür müssen zuerst Raum, Personal etc. geschaffen werden. Wie immer werden auch bei dieser Prüfung alle Beteiligten, die Schulleitungskonferenzen, die AKK, der LVB, die Schulsozialarbeit wie auch der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst und die KESB einbezogen. Es ist ein schwieriges Thema, das umfassend geprüft werden soll. Aus diesem Grund wäre die Bildungsdirektorin froh über eine Überweisung des Vorstosses als Postulat; sie dankt Anita Biedert für die Umwandlung.

://: Mit 72:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
